



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

| | |
|---|--|
| Auskunftsersuchen nach § 27 BezVG Fraktion GRÜNE Bergedorf öffentlich | Drucksachen-Nr.: XIX-1791 |
| | Datum: 28.11.2013 Aktenzeichen: |

| Beratungsfolge | | |
|-----------------------|------------------------------|--------------|
| | Gremium | Datum |
| | Bezirksversammlung Bergedorf | 28.11.2013 |

Medizinische Versorgung

Sachverhalt:

Auskunftsersuchen der BAbg. Becker-Ewe, Fleige und Lühr (GRÜNE Bergedorf)

Die Firma Asklepios will ihr Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ), eine ärztliche Großpraxis, aus Lohbrügge abziehen und in die Hamburger Innenstadt verlegen. Wenn das geschieht, gehen Bergedorf die entsprechenden Vertragsarztsitze verloren. Sie könnten auch nicht in Bergedorf nachbesetzt werden. (Ebenso gingen natürlich auch die Arbeitsplätze für das Personal verloren). Dann wird es für Patienten in Bergedorf noch schwieriger, einen Arzttermin zu bekommen, die Wartezimmer werden noch voller, als sie ohnehin schon sind.

Der Hintergrund für die Absichten von Asklepios könnte sein, dass das MVZ in Bergedorf seine Patienten nicht in die „eigenen“ Krankenhäuser einweist, wenn sie stationär behandelt werden müssen, sondern in die Krankenhäuser der Konkurrenz (Bethesda, Adolphstift). In der Bergedorfer Zeitung (20.11.2013) wurden Profitgründe vermutet für die geplante Schließung.

Die derzeitige Rechtslage erlaubt solche Praxisverlegungen, weil in der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung (KVHH) ganz Hamburg als ungeteilter Planungsbereich gilt und örtliche Besonderheiten dabei kaum eine Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir das Bezirksamt:

1. Wie viele Patienten versorgt das Asklepios-MVZ derzeit (bitte nach Fachgebieten differenzieren)?
2. Wie viele Arztstellen (bitte nach Fachgebieten differenzieren) gehen in Bergedorf verloren, wenn das MVZ geschlossen bzw. in einen anderen Hamburger Bezirk verlegt wird?
3. Welche Möglichkeiten bestehen, den eintretenden Ärztemangel durch neue Zulassungen (z.B. als regionalen Sonderbedarf) auszugleichen?

4. Welche Möglichkeiten hat die Gesundheitsbehörde als Aufsichtsbehörde, die von der KVHH praktizierte Bedarfsplanung zu beanstanden und auf eine bedarfsgerechte regionale Verteilung von Arztsitzen Einfluß zu nehmen?
5. Welche Änderungen von Gesetzen bzw. Verordnungen wären dazu nötig?
6. Wie ist das Verhältnis Facharzt/Einwohner im Bezirk Bergedorf im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt (bitte einzeln nach Fachrichtungen)?

Petition/Beschluss:

Anlage/n:
